

1956

Januar

01.01.

Der ungarische Premierminister András Hegedüs gibt eine politische Erklärung ab. Mit Blick auf die ungarische Außenpolitik betont Hegedüs das deutlich besser gewordene Verhältnis Ungarns zu den Nachbarländern Jugoslawien und Österreich. Die jüngsten Reden von US-Präsident Eisenhower und US-Außenminister Dulles werden von ihm scharf kritisiert und als Versuch der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns bewertet.

Der Begriff „Stachanov“-Arbeiter wird in der neuen politischen Phraseologie durch die Bezeichnung „hervorragender Arbeiter“ ersetzt.

In seiner ersten Sitzung widmet sich das Politbüro der Ungarischen Arbeiterpartei der Vorbereitung von Gesprächen über den neuen Fünfjahresplan mit der Moskauer Führung. Während der Ende Januar in Moskau stattfindenden Gespräche äußert die ungarische Delegation ihre Unzufriedenheit über das wachsende Außenhandelsdefizit Ungarns gegenüber den anderen sozialistischen Ländern. Die wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen sind ebenfalls gespannt.

Am 31. Dezember 1956 beträgt die Gesamtsumme der ungarischen Staatsschulden gegenüber kapitalistischen Ländern 800 Millionen Rubel, davon 500 Millionen in Form von Warenkrediten. In Moskau betont die ungarische Delegation, dass die Verschuldung des ungarischen Staates so ernsthaft sei, dass die Exporterlöse im nächsten dreiviertel Jahr allein zur Schuldendeckung verwandt werden müssten.

11.01.

Im Ungarischen Ministerium für Staatssicherheit (AVH) kommt es zu einem groß angelegten Personalabbau, der Unzufriedenheit unter den Mitarbeitern auslöst.

Das Buch „Für ein sozialistisches Ungarn“ von Mátyás Rákosi erscheint in einer neuen, erweiterten Ausgabe.

12.01.

Weite Gebiete Ungarns werden von einem starken Erdbeben erschüttert, welches zwei Tote und 38 Verletzte fordert. Den größten Schaden erleiden die Städte Dunaharaszti und Taksony. Die Autofabrik in Csepel (Budapest) wird ebenfalls beschädigt. Die Solidarität in der ungarischen Gesellschaft ist groß. Aus ganz Ungarn reisen Handwerker in die Krisengebiete um freiwillig beim Wiederaufbau zu helfen.

13.01.

Nach langem Schweigen hält der in Ungnade Philosoph und Literaturwissenschaftler Georg Lukács eine Rede auf dem IV. Deutschen Schriftstellerkongress in Berlin. Die Verleihung des Kossuth-Preis 1955 an Lukács leitete eine vorsichtige Rehabilitierung ein.

In Ungarn kursiert seit Januar 1956 ein Buchmanuskript von Imre Nagy, in dem dieser seine Vorstellungen über einen neuen politischen Kurs entwickelt. Es bildet die Grundlage für das 1957 in London erschienene Buch „On Communism. In Defence of the New Course“.

Februar

25.2.



Der XX. Parteitag der KPdSU und die berühmte Geheimrede des sowjetischen Parteichefs Nikita Chruschtschow lösen in zahlreichen Ländern des sowjetischen Blocks eine ernste politische Krise aus. In seiner Rede rechnet Chruschtschow mit den Verbrechen und dem Machtmissbrauch Stalins in einer Offenheit ab, die die stalinistischen Partei- und Staatsschefs der osteuropäischen Länder und der DDR in einen Zustand des Schocks und der Verunsicherung versetzt. Bereits im März 1956 werden Auszüge dieser Rede in der jugoslawischen Presse veröffentlicht. Das amerikanische Außenministerium verbreitet am 4. Juni 1956 den vollen Text der Rede. Der Parteitag setzt dem Kult um Stalin als Vaterfigur der kommunistischen Bewegung und als „genialem“ Strategen des „Großen Vaterländischen Krieges“ ein Ende.



Über den Personenkult und seine Folgen. **Rede von N.S. Chruschtschow** auf dem XX. Parteitag der KPdSU, 25.02. 1956

Fokus: Die Auswirkungen des XX. Parteitages der KPdSU in Ostmitteleuropa

März

Besonders in Polen und in Ungarn führt der Prozess der Entstalinisierung zu schweren inneren Erschütterungen. In der DDR versucht Walter Ulbricht durch eine Flucht nach vorn, eine tiefer gehende Auseinandersetzung mit den Verbrechen Stalins zu verhindern. Der SED-Parteichef schließt sich der Verurteilung Stalins und des „Personenkults“ an und erklärt am 4.3. im „Neuen Deutschland“ Stalin gehöre nicht mehr zu den „Klassikern des Marxismus“. Eine „rückwärtsgewandte Fehlerdiskussion“ lehnt er jedoch kategorisch ab.



„Zu den Klassikern des Marxismus kann man Stalin nicht rechnen. **Walter Ulbricht im „Neuen Deutschland“** vom 4.03. 1956

Besonders die Intellektuellen in den sozialistischen Ländern verbinden mit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 neue Hoffnungen auf innenpolitische Reformen und einen erneuerten Sozialismus. Unter Künstlern, Wissenschaftlern und Schriftstellern beginnt eine kritische Diskussion, verbunden mit Forderungen nach grundlegenden Veränderungen.

8.3.

Die ungarische Regierung nimmt die im Zuge der Kampagne gegen Tito verstärkten militärischen Sicherungsmaßnahmen an der Grenze zu Jugoslawien zurück.

17.3.

Erstes Treffen des Petöfi-Kreises im Budapester Kossuth-Klub. Bei dem Kreis handelt es sich um einen lockeren Zusammenschluss und Diskussionskreis von Studenten und Schriftstellern, der in der Folgezeit zum Hauptforum der Parteiopposition wird.

Fokus: Der Petöfi-Kreis - Forum für politische Veränderungen

19.3. – 3.5.

Abrüstungskonferenz der UN-Mitgliedsstaaten in London.

27.3.

Der Vorsitzende der Ungarischen Kommunistischen Partei, Mátyás Rákosi, gibt erstmals öffentlich zu, dass es sich bei dem Verratsverfahren gegen László Rajk im Jahr 1949 um einen Schauprozess gehandelt hat. Rajk, damals ungarischer Außenminister, war 1949 auf Betreiben von Rákosi verhaftet und als „Spion Titos“ angeklagt worden. Zusammen mit 18 weiteren Angeklagten wurde er zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt. Der Prozess war Teil der sowjetischen Kampagne gegen den jugoslawischen Parteichef Tito und dessen politischen Kurs.

April

Im Zuge der Entstalinisierung in Polen wird am **10. April** der 1948 abgesetzte und 1951 verhaftete Parteichef Władisław Gomułka öffentlich rehabilitiert. Gomułka hatte einen gegenüber Moskau unabhängigeren Kurs verfolgt und sich gegen den Ausschluss Titos aus der Kominform sowie gegen die geplante Kollektivierung der Landwirtschaft in Polen ausgesprochen. Im Oktober 1956 wird er als Generalsekretär der Polnischen Kommunistischen Partei wiedergewählt.

27.4.

Die Richtlinien für Ungarns zweiten Fünfjahresplan werden erstmals in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt.

Mai

9.-22.5.

Im Petöfi-Kreis werden „Aktuelle Fragen zur marxistischen politischen Ökonomie und die Richtlinien für den zweiten Fünfjahresplan“ diskutiert.

12.5.

József Grösz, Erzbischof von Kalocsa, wird im Rahmen einer Amnestie aus dem gegen ihn verhängten Hausarrest entlassen. Grösz, der als Vorsitzender der Ungarischen Bischofskonferenz entscheidend am Zustandekommen der Vereinbarung zwischen dem ungarischen Staat und der Kirche von 1950 beteiligt war, wurde im Mai 1951 verhaftet und in einem Schauprozess „als Verschwörer gegen die demokratische Ordnung“ zu 15 Jahren Haft verurteilt.

18.5.

Letzter öffentlicher Auftritt von Mátyás Rákosi vor seiner Absetzung als Parteichef bei einem Treffen von Funktionären der MDP in Budapest.

28.5.

Der Petöfi-Kreis erhält mit Gábor Tánzos als Schriftführer und András B. Hegedüs, Balázs Nagy und Kálmán Pécsi als Stellvertreter eine neue Leitung. Vom 30.5-1.6. debattiert das Gremium Fragen der marxistischen Geschichtsschreibung.

Juni

6.–14.6.

Der Sekretär des ZK der KPdSU Michail A. Suslov führt während eines einwöchigen Aufenthalts in Budapest Gespräche mit Mitgliedern der Führung der MDP. Der sowjetische Abgesandte stuft die wirtschaftliche und politische Situation in Ungarn zunächst als nicht besorgniserregend ein und sichert Rakosi die volle Unterstützung der KPdSU zu. Die Meinung der sowjetischen Führung wird sich jedoch bereits nach dem Posener Aufstand schlagartig ändern

8.6.



»Szabad Ifjúság« über den Petöfi-Kreis

9.6.

Der Petöfi-Kreis spricht sich auf einer Zusammenkunft für die Rehabilitierung des „Bundes der Volksskollegien“ (NÉKOSZ) aus, der Arbeiter -und Bauernkindern den Zugang zu den Hochschulen ermöglichen sollte und der 1949 wegen seiner politischen Nähe zu László Rajk aufgelöst wurde.

14.6.

Das Zentralkomitee der MDP verabschiedet einen Beschluss über politische Maßnahmen gegenüber der Intelligenz und reagiert damit auf die wachsende Kritik an der Politik der Partei unter Künstlern und Wissenschaftlern.

22.6. Die Staats- und Parteichefs des Ostblocks treffen sich in Moskau, um über eine Wiederannäherung an Jugoslawien zu beraten.

27.6.

Der Petöfi-Kreis diskutiert über die Situation der ungarischen Presse und Fragen der Informationspolitik. Die bei der Debatte anwesenden Mitglieder der ungarischen Parteiführung werden erstmals vor einer breiten Öffentlichkeit kritisiert. Der Schriftsteller Tibor Dery bezeichnet den „Mangel an Freiheit“ als Ursache der gegenwärtigen Probleme. Es finden sich ca. 7000 Menschen – auch Parteifunktionäre – ein, die bis in die frühen Morgenstunden die lebhaft geführte Debatte wegen Platzmangels teilweise vom Hof aus und über den Rundfunk mitverfolgen.

28.6.

Im der polnischen Stadt Posen wird ein Arbeiteraufstand durch Armee-Einheiten blutig niedergeschlagen. Nach offiziellen Angaben kommen dabei 53 Menschen ums Leben, rund 300 werden verletzt.

30.6.

Das Zentralkomitee der MDP verabschiedet einen einstimmigen Beschluss, auf dessen Grundlage die Tätigkeit des Petöfi-Kreises unterbunden werden soll. Für die wachsenden oppositionellen Tendenzen wird Imre Nagy verantwortlich gemacht. Der Schriftsteller

Tibor Dery wird aus der Partei ausgeschlossen. Diese Maßnahmen führen zu einer weiteren Verschärfung der Atmosphäre im Land.



Kritik am Petöfi-Kreis

Juli

3.7.

9. und 12. 7.

Im Zuge der „Entstalinisierung“ in der UdSSR fällt auch Mátyás Rákosi in Ungnade. Das Präsidium der KPdSU berät über die Lage in Ungarn und beschließt seine Ablösung.

12.7.

Der Nationale Sicherheitsrat der USA veröffentlicht ein Grundsatzdokument zur amerikanischen Politik gegenüber den osteuropäischen Ländern.

13.7.-19.7

KPdSU-Politbüromitglied Anastas I. Mikojan reist im Auftrag der sowjetischen Führung nach Budapest. Auf der Sitzung des politischen Ausschusses der MDP übermittelt er der ungarischen Parteiführung die wachsende Besorgnis der sowjetischen Parteispitze über die Lage in Ungarn. Die MDP gleite die Macht aus den Händen und sie sei nicht mehr in der Lage, Presse und Rundfunk zu kontrollieren. Mit dem Petöfi-Kreis sei ein Zentrum der Opposition entstanden. Mikojan fordert von der ungarischen Seite ein energisches Vorgehen gegen „feindliche Elemente“. Der Politische Ausschuss der MDP bestätigt die von Mikojan geforderte Ablösung von Rákosi. Nach längeren Beratungen wird Ernő Gerő zum Ersten Sekretär ernannt. Im Zuge der Umbildung des obersten Führungsgremiums der Partei steigt Janos Kadar zum zweitwichtigsten Mann auf. Gegenstand der Gespräche von Mikojan mit der ungarischen Parteiführung ist ebenfalls das Verhältnis der Partei zu Imre Nagy.

Die Ablösung von Rakosi führt zu einer kurzzeitigen Beruhigung der Lage in Ungarn. Das ZK der MDP rehabilitiert zahlreiche Opfer der stalinistischen Willkür. Insgesamt werden 474 Fälle überprüft. Die neue Führung ist jedoch nicht in der Lage die anstehenden innenpolitischen Probleme zu lösen.

18.7.



Rákosi übt Selbstkritik

August

1.8.

Die Regierung reduziert die Stärke der ungarischen Streitkräfte auf 15.000 Mann.

September

2.9.

Erstes Treffen zwischen Gerö, Kadar und Imre Nagy, das jedoch ohne Ergebnisse verläuft

Parteichef Gerö verbringt einen längeren Urlaub in der Sowjetunion, während die Konflikte innerhalb der Führung der MDP zwischen den Stalinisten und der parteiinternen Opposition an Schärfe zunehmen.

Die faktisch nicht mehr existierenden Parteien der Koalitionsregierung von 1945 melden sich nach der Ablösung Rákosis erneut zu Wort und nehmen erneut ihre politische Arbeit auf. Die Führung der MDP nimmt Kontakte zu den Sozialdemokraten und zur Partei der kleinen Landwirte auf.

17.9.

Die Generalversammlung des Ungarischen Schriftstellerverbandes (Magyar Írók Szövetsége, Írószövetség) bekundet ihre Unterstützung für Imre Nagy.

19.9.

Der Petöfi-Kreis trifft nach einer zweieinhalbmonatigen Pause wieder zusammen. In der Debatte geht es um Fragen der Erziehung.



Ausschnitte aus dem Diskussionsabend der ungarischen Schriftsteller

26.9.

Debatte des Petöfi-Kreises zum Thema Wirtschaft

28.9.

Debatte des Petöfi-Kreises zum Thema Erziehung

Oktober

2.10.

Die ungarische Regierung überträgt die Kontrolle über die Gefängnisse vom Innenministerium auf das Justizministerium.

4.10.

Imre Nagy stellt einen Antrag auf Wiederaufnahme in die MDP.

5.10.

Der Oberste Gerichtshof Ungarns spricht den evangelischen Bischof Lajos Ordass frei, der 1948 unrechtmäßig verurteilt wurde.

6.10.

Feierliche Umbettung von László Rajk, György Pálffy, Tibor Szőnyi und András Szalai auf dem Budapester Kerepesi út Friedhof, mit der die 7 Jahre vorher hingerichteten Kommunisten öffentlich rehabilitiert werden. 60.000 Menschen, unter ihnen Imre Nagy, nehmen an dem Begräbnis teil. Die Atmosphäre ist gespannt.

Nach dem Begräbnis kommt es am Stalin-Denkmal, vor der jugoslawischen Botschaft und vor dem Hauptsitz des ungarischen Staatssicherheitsdienstes ÁVH zu Demonstrationen von Studenten. Die Teilnehmer rufen Slogans gegen den Stalinismus, gegen die Praktiken des Geheimdienstes und bekunden ihre Sympathie für Jugoslawien.

Treffen zwischen Gerö, Kadar, Mikojan und Suslow in Moskau

12.10.

Der ehemalige ungarische Verteidigungsminister Mihály Farkas wird verhaftet. Neben Rákosi war er maßgeblich an den Verstößen gegen die Gesetzlichkeit und an der Verurteilung Unschuldiger beteiligt.

Der Petöfi-Kreis diskutiert ein weiteres Mal über das Thema Erziehung, die technische Entwicklung und die Probleme der jungen technischen Intelligenz.

13.10.

Das Zentralkomitee der MDP beschließt, dass Imre Nagy ohne Vorbedingungen erneut in die Partei aufgenommen wird.

15.10.

Eine ungarische Partei- und Regierungsdelegation mit Ernő Gerő, Antal Apró, András Hegedüs, János Kádár und István Kovács reist zu einem einwöchigen Besuch nach Belgrad.

16.10.

Treffen von über 1600 Studenten in Szeged, bei dem ein von der Jugendorganisation der Partei DISZ (Verband der Werktätigen Jugend) unabhängiger Studentenverband MEFESZ (Einheitsverband der Ungarischen Universitäts- und Hochschulstudenten) gegründet wird.

19.10.

In Polen spitzen sich die Konflikte zwischen verschiedenen Strömungen in der Führung der PVAP zu. Zum 8. Plenum des ZK der PVAP reist eine hochrangige sowjetische Delegation mit Chruschtschow, Kaganowitsch, Mikojan, Molotow, Verteidigungsminister Schukow sowie dem Chef der Truppen des Warschauer Vertrages Konjew und weiteren hohen Generälen an. Als Drohkulisse finden umfangreiche Manöver der in Polen stationierten sowjetischen Truppen statt.

In Ungarn kommt es im ganzen Land kommt es an den größeren Universitäten zu Studentenversammlungen. Die Teilnehmer fordern eine Reform der Ausbildung, stellen aber auch erste politische Forderungen.

Die in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen werden in Alarmbereitschaft versetzt.

20.10.

In Warschau wird eine Übereinkunft hinsichtlich der Reformpolitik der PVAP gefunden. Die sowjetischen Vertreter reisen aus Polen ab. In nahezu allen größeren polnischen Städten finden Versammlungen und Demonstrationen statt, auf denen weitere demokratische Reformen und gleichberechtigte Beziehungen zur Sowjetunion gefordert werden.

21.10.

Władysław Gomułka wird zum Ersten Sekretär der PVAP gewählt und wendet sich wenige Tage später auf einer Kundgebung in Warschau an das polnische Volk.

22.10.

Die Studenten der Budapester Technischen Universität verabschieden in der Nacht vom 22. zum 23. Oktober eine 14-Punkte-Resolution, in der sie u.a. den Abzug der Sowjetischen Truppen, Neuwahlen und eine neue Regierung unter Imre Nagy fordern. Für den nächsten Tag kündigen sie eine Solidaritätskundgebung für Polen an.



14-Punkte Resolution der Studenten der Budapester Technischen Hochschule vom 22./23.10. 1956

Die ungarische Armeeführung beruft die Regimentskommandeure und ihre politischen Stellvertreter für den 24.10. zu einem Treffen im Verteidigungsministerium ein.



*Sturz des Stalindenkmals in Budapest
Fotoarchiv des DHM Berlin*

23.10.

200 000 Studenten demonstrieren in Budapest und erklären öffentlich ihre Solidarität mit Polen. Dem friedlichen Protestmarsch bis vor das Parlamentsgebäude schließen sich immer mehr Bürger an. Die Demonstranten rufen nach Imre Nagy. Als Sicherheitskräfte das Feuer auf die Menge eröffnen, eskaliert die Situation. Die Führung der MDP verliert zunehmend die Kontrolle über das Land

Durch den ungarischen Innenminister werden am Mittag weitere Kundgebungen und Demonstrationen bis auf weiteres untersagt. Daraufhin kommt es zu Protesten von Seiten der Studenten, des Schriftstellerverbandes, des Petöfi-Kreises und der Redaktion des Szabad Nép.

 **Entschiessung des Petöfi-Klubs** zur Lage in Ungarn, 23.10. 1956

Das Demonstrationsverbot wird gegen 14 Uhr aufgehoben. Der Budapester Rundfunk gibt die Aufhebung bekannt.

Dem friedlichen Protestmarsch der Studenten der Universität schließen sich auch Studenten und Lehrkräfte der Petöfi-Militärakademie, des Polytechnikums, der Landwirtschaftlichen Hochschule und der Hochschule für Sport an. Der Demonstrationszug begibt sich am Denkmal des polnischen Generals und Freiheitskämpfers Josef Bem in Buda zu versammeln.

Der Autor Peter Veres verliest die politischen Forderungen des Schriftstellerverbandes und verlangt eine schonungslose Offenlegung der Krisensituation des Landes.


 **Forderungen des Ungarischen Schriftstellerverbandes**, 23.10. 1956

 **Leitartikel der Zeitung „Szabad Nép“**, 23. Oktober 1956

Am Nachmittag versammeln sich immer mehr Bürger vor dem Parlamentsgebäude. Die Demonstranten verlangen Imre Nagy. Er verspricht der versammelten Menge, die Forderungen der Bevölkerung in der Partei zu diskutieren und ruft zu Ruhe und Ordnung auf.

 **Nagy spricht vor dem Parlament**, 23.10.1956

Zur gleichen Zeit sendet der Rundfunk eine angekündigte Rede von Ernő Gerő.

 **Rundfunkrede** des Generalsekretärs der Ungarischen Arbeiterpartei, Ernő Gerő, 23.10. 1956

Die vor dem Rundfunkgebäude versammelte Menge will die Sendung dieser Rede

verhindern und verlangt stattdessen die Verlesung der 14-Punkte-Forderung der Studenten. Ernő Gerő befindet sich aber zu diesem Zeitpunkt in der Parteizentrale.

Rundfunkbericht zu den Studenten-Demonstrationen

In der Innenstadt von Budapest kommt es zu weiteren Demonstrationen. Das monumentale Stalin-Denkmal am Paradeplatz wird von Demonstranten mit Hilfe von Lastwagen und Schweißgeräten vom Sockel geholt. Die am Boden liegende Stalin-Figur wird zu einem Symbol für den Freiheitswillen des ungarischen Volkes. Als gegen 22.30 Uhr Sicherheitsleute am Rundfunkgebäude in der Bródy Sándor utca Schüsse abgeben, gibt es innerhalb von kürzester Zeit zahlreiche Tote und Verletzte. Daraufhin belagern bewaffnete Demonstranten das Gebäude, welche ab Mitternacht Verstärkung von Arbeitern aus den Fabriken bekommen. Die Soldaten der zur Niederschlagung der Proteste herangezogenen ungarischen Militäreinheiten missachten die Befehle ihrer Kommandeure und solidarisierten sich mit den Demonstrierenden, denen es gelang Waffen und Munition in Polizeistationen und Kasernen zu erbeuten.

Bericht eines AVH-Offizieres vor dem Rundfunkgebäude, 23.10.1956

In einer Nachtsitzung des Zentralkomitees der MDP informiert Ernő Gerő die Anwesenden darüber, dass sowjetische Hilfe angefordert wurde. Gleichzeitig kommt es zu umfangreichen personellen Veränderungen an der Parteispitze: auf Vorschlag von Parteichef Gerő wird Imre Nagy erneut in das Zentralkomitee und in den Politischen Ausschuss aufgenommen. Einstimmig wird er für den Posten des Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Nagy nimmt das Amt an und der Präsidialrat der Volksrepublik Ungarn bestätigt umgehend seine Ernennung. In den Politischen Ausschuss der Partei werden weitere Vertreter der Parteiopposition aufgenommen. Insgesamt dominieren jedoch die Vertreter der alten Führung die Parteigremien.

Ein Aufruf des Zentralkomitees vom selben Abend bezeichnet den Volksaufstand als „Konterrevolution“ und die Revolutionäre als „Banditen“. Zur Koordinierung der militärischen Maßnahmen zur Niederschlagung der Unruhen wird ein Ausschuss unter dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Antal Apró gebildet.



*Sowjetischer Panzer in der Budapester Szt. István Ringstrasse
Fotoarchiv des DHM Berlin*

24.10.

In den frühen Morgenstunden erreichen die ersten sowjetischen Truppen Budapest. Ab 4.00 Uhr besetzen sie strategisch wichtige Punkte in der ungarischen Hauptstadt, stoßen jedoch auf den Widerstand der Bevölkerung.

Der Regierungssender berichtet über die Ankunft der drei Divisionen der Sowjetarmee, 24.10.1956

Radioansprache, Radio Kossuth, Budapest, 24.10.56

Über das gesamte Land wird ein Versammlungsverbot verhängt. Die Beschlüsse der Parteiführung vom Vorabend werden im Rundfunk bekannt gegeben.

Rundfunkmeldung über die Ernennung von Imre Nagy zum Ministerpräsidenten, 23.10. 1956

In Budapest stellen die Betriebe ihre Produktion ein, der Verkehr ruht und der Unterricht in den Schulen wird abgesetzt.

Auch in weiteren großen Städten marschieren sowjetische Einheiten ein. In der Parteispitze kommt es zu Auseinandersetzungen um das offizielle Hilfversuchen an die sowjetische Seite. Ein entsprechendes Dokument wird erst am 27.10 von Andras Hegedűs unterzeichnet, nachdem sich Nagy geweigert hatte den Brief zu unterschreiben. Überall in Ungarn kommt es zu massiven Protest- und Widerstandsaktionen. Spontan bilden sich Arbeiterräte und Revolutionskomitees. Die neuen Machtorgane lösen die stalinistischen Kader in den Betrieben und Verwaltungen ab und beginnen mit dem Aufbau einer Nationalgarde. Zu den zentralen Forderungen der Aufständischen zählen der Abzug der sowjetischen Truppen, die Wiederherstellung der Souveränität Ungarns, die Einführung eines Mehrparteiensystems sowie die Durchführung freier und geheimer Wahlen.

Am Mittag richtet sich Ministerpräsident Imre Nagy in einer Rundfunkansprache an die Bevölkerung Budapests, in der er die Bevölkerung auffordert die Waffen niederzulegen.

Aufruf von Imre Nagy an die ungarische Bevölkerung zur Einstellung der Kämpfe, 24.10. 1956 über den Rundfunk gesendet

Die Kämpfe werden trotz der Ansprache Nagys fortgesetzt. Aus der innenpolitischen Auseinandersetzung zwischen Volk und Regierung wird ein Kampf zwischen dem ungarischen Volk und den sowjetischen Besatzern.

Bericht zu den Vorkommnissen am Rundfunkgebäude, 24.10.1956

Noch am selben Tag trifft ohne vorherige Rücksprache mit der ungarischen Parteiführung eine sowjetische Delegation mit A.I. Mikojan, M.A. Suslow und dem KGB-Chef I.A. Serow in Budapest ein. Sie soll die ungarische Führung bei der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung „unterstützen“.

In einer Rundfunkansprache um 20.45 Uhr verurteilt János Kádár, Mitglied des ZK-Sekretariats, die Unruhen als einen Angriff „konterrevolutionärer, reaktionärer Elemente“.

25. 10.

Die sowjetischen Spitzenfunktionäre nehmen in den nächsten Tagen an allen Beratungen der ungarischen Führung teil. Die Beauftragung von Imre Nagy mit der Regierungsbildung müssen sie notgedrungen akzeptieren, da er sich als einziger Politiker auf das Vertrauen breiterer Bevölkerungskreise stützen konnte. Demgegenüber wird Parteichef Gerő von der sowjetischen Seite scharf kritisiert. Im Namen des Präsidiums des ZK der KPdSU empfiehlt Mikojan seine Ablösung. Seinen Platz als Erster Sekretär des ZK nimmt János Kádár ein.

Ein anonymen Augenzeuge berichtet

Gegen 10 Uhr vormittags gelangt der Demonstrationzug von mehreren tausend unbewaffneten Personen zum Parlamentsgebäude am Kossuth-Lajos-Platz. Berichte, dass

sowjetische Panzersoldaten sich mit den Demonstranten verbrüdern machen die Runde. Die Menge schwenkt die ungarische Nationalfahne und ruft nach Imre Nagy. Daraufhin eröffnen Staatssicherheitsleute von den Dachgeschossen der umliegenden Häuser das Feuer auf die Demonstranten. Es gibt zahlreiche Tote und Verletzte. Daraufhin richtet sich der Hass der Aufständischen besonders gegen die ÁVH. In den nächsten Tagen kommt es wiederholt zu Vergeltungsaktionen und Lynchjustiz.

Die Unruhen breiten sich über das gesamte Land aus. Die Aufständischen fordern den Abzug der sowjetischen Truppen und die Souveränität Ungarns. Als Ministerpräsident Nagy kündigt am Abend an, dass die ungarische Regierung Verhandlungen über die ungarisch-sowjetischen Beziehungen und den Abzug der sowjetischen Truppen beginnen wird. Diese Ankündigung stößt auf den energischen Protest des sowjetischen Delegationsleiters Mikojan. Kádár verspricht in einer Rundfunkrede, dass nach der Wiederherstellung der Ordnung zwischen Ungarn und der Sowjetunion „Gespräche im Geiste der völligen Gleichberechtigung“ stattfinden werden. Die Regierungsumbildung mit Imre Nagy als Ministerpräsident und den Veränderungen an der Parteispitze werden von den Aufständischen als Sieg gefeiert.

Im Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ werden die Vorgänge in Ungarn als "Putsch konterrevolutionärer Elemente" bezeichnet.

26.10.

In ihren Berichten an das Präsidium der KPdSU befürworten Mikojan und Suslow ein politisches Vorgehen, bei dem die Gewinnung der „Arbeitermassen“ Vorrang vor einer gewaltsamen militärischen Lösung haben sollte. In einer Deklaration des ZK der MDP, an deren Formulierung sich die sowjetischen Vertreter direkt beteiligten, werden jedoch noch harte Töne angeschlagen: Die bewaffneten Kämpfe seien zu beenden und die öffentliche Ordnung müsse wiederhergestellt werden, sonst werde rücksichtslos gegen die Aufständischen vorgegangen. Erst danach könnten die Reformen fortgeführt werden. Das Dokument stellt die Bildung einer Regierung „auf breitester nationaler Grundlage“ unter Imre Nagy und die Rückkehr der sowjetischen Truppen in ihre Stützpunkte in Aussicht.

In Betrieben und Fabriken überall im Land entstehen Arbeiter-, Revolutions- und Nationalräte.

Um 16.13 Uhr wird ein Manifest der Partei der Ungarischen Werktätigen im Radio verlesen



Manifest der Ungarischen Arbeiterpartei vom 26.10. 1959

Erneut wird im ungarischen Rundfunk allen Aufständischen, die bis 22.00 Uhr ihre Waffen niederlegen, eine Amnestie in Aussicht gestellt.

27.10.



Lagebericht des Budapester Regierungssenders, 27.10.1956

In einer Sitzung des Politischen Ausschusses des MDP wird im Beisein der sowjetischen Vertreter die Umbildung der ungarischen Regierung beschlossen. Über die Besetzung der Posten kommt es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Parteiflügeln. Trotz des Widerstands der alten Parteikader öffnet sich die neue Regierung gegenüber der demokratischen Opposition. Über die Inhalte des Regierungsprogramms entbrennen erneut heftige Auseinandersetzungen zwischen den Stalinisten und der Parteiopposition.

Um 11.18 Uhr wird im Radio die neue Zusammensetzung der Regierung der Ungarischen Volksrepublik vorgestellt.



*Kampfspuren auf einer Budapester Strasse
Fotoarchiv des DHM Berlin*

28.10.

Vereidigung der neuen Regierung unter Imre Nagy durch den Präsidenten des Präsidialrats der Ungarischen Volksrepublik
Über den Rundfunk ordnet Nagy eine allgemeine Waffenruhe an



Anordnung von Imre Nagy über eine allgemeine Waffenruhe, 28.10. 1956



*Flugblatt der Aufständischen
mit dem Titel "Die Wahrheit"
Fotoarchiv des DHM*



Leitartikel der Zeitung „Szabad Nép“, 28.10.1956

29.10.



"Es dämmert..." Leitartikel der Zeitung "Szabad Nép", 29.10.1956

30.10.

Das Präsidium der MDP beschließt die Wiederherstellung des Mehrparteiensystems. Die an der Regierungskoalition beteiligten Parteien werden offiziell zugelassen.
Die sowjetischen Truppen beginnen sich zurückzuziehen. Die sowjetische Seite signalisiert, dass sie bereit ist, über einen generellen Abzug ihrer Truppen aus Ungarn zu verhandeln.
Zahlreiche Angehörige des ungarischen Staatssicherheitsdienstes, versuchen sich aus Angst vor weiteren Übergriffen vonseiten der Bevölkerung in Sicherheit zu bringen.

Am KP-Gebäude am Köztársaság-Platz finden erneut Schießereien zwischen ÁVH-Leuten und den Aufständischen statt. Nach der Stürmung des Gebäudes kommt es zu Fällen von Lynchjustiz.

Die Sowjetregierung gibt eine Erklärung über die Beziehung zu den anderen sozialistischen Staaten ab.

Um 14.30 Uhr gibt Imre Nagy im Rundfunk die erneute Umbildung der Regierung bekannt.



Bekanntgabe der Zusammensetzung der neuen Regierung durch Imre Nagy im Rundfunk, 30.10. 1956

31.10.

Die politisch gelähmte MDP wird auf Beschluss des Parteipräsidiums aufgelöst. Es kommt zur Neugründung der MSZMP (Magyar Szocialista Munkáspárt), in deren Exekutivkomitee neben Imre Nagy, György Lukács, Ferenc Donáth, Géza Losonczy, Sándor Kopácsi, János Kádár vertreten sind.

Der zu lebenslanger Haft verurteilte Kardinal József Mindszenty wird freigelassen.

Am Nachmittag gibt Imre Nagy bekannt, dass Verhandlungen über den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt eingeleitet worden sein.

Der RIAS und Radio Wien strahlen ein Interview mit Imre Nagy aus.



Interview des RIAS Berlin und des Österreichischen Rundfunks mit Imre Nagy, 31.10. 1956

Ein polnischer Journalist unterhält sich mit dem neuen Bildungsminister der Nagy-Regierung Georg Lukács.



Bericht eines polnischen Journalisten über ein Gespräch mit Georg Lukács, 31.10. 1956

Imre Nagy hält am späten Nachmittag eine spontane Rede vor dem Parlamentsgebäude. Dort haben sich erneut viele Menschen versammelt, nachdem Gerüchte kursierten, dass in Ostungarn wieder sowjetische Truppen einmarschiert wären.



Ansprache von Imre Nagy an das ungarische Volk, 31.10. 1956

Die sowjetische Delegation tritt am späten Abend die Rückreise nach Moskau an.

November

1.11.

Imre Nagy verkündet im Rundfunk den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Vertrag und die Neutralität Ungarns.



Neutralitätserklärung der ungarischen Regierung, Freier Sender Kossuth, 1.11.1956

Parteichef Kádár gibt dem italienischen Journalisten Bruno Tedeschi ein Interview



Interview mit János Kádár vom 1.11.1956

2.11.

Das Gerücht, wonach János Kádár geflüchtet und zur sowjetischen Seite übergelaufen sei, wird bestätigt. Seinen Sinneswandel beschreibt er ein halbes Jahr später gegenüber Imre Szenes:



János Kádár über seinen Bruch mit Imre Nagy

3.11.

Am frühen Nachmittag gibt der ungarische Rundfunk die Bildung einer neuen Regierung bekannt, der wiederum Imre Nagy als Ministerpräsident vorsteht.

János Kádár bildet mit Ferenc Münnich eine neue Regierung gegen die Konterrevolutionäre und wird dabei von der UdSSR unterstützt.

Um 20 Uhr wird eine Ansprache von Kardinal Mindszenty im Rundfunk ausgestrahlt.



Rundfunkansprache Kardinal Mindszentys 03.11.1956

4.11.

In den frühen Morgenstunden marschieren fünf sowjetischen Divisionen in die ungarische Hauptstadt ein und beginnen den Volksaufstand gewaltsam niederzuschlagen. Bei Tagesanbruch passieren sowjetische Truppen die rumänisch-ungarische Grenze.

Um 5.20 Uhr wendet sich Nagy in einer Ansprache an das ungarische Volk, berichtet, dass Sowjettruppen in Budapest einrücken. Er appelliert an die einrückenden sowjetischen Truppen nicht zu schießen und weitere Blutopfer zu vermeiden.



Imre Nagy gibt gegen 05.20 Uhr über den "Freien Sender Kossuth" den Vormarsch sowjetischer Truppen bekannt

In einem Rundfunk-Appell bittet der Schriftsteller Gyula Hay die internationale Öffentlichkeit im Namen des Ungarischen Schriftstellerverbandes um Hilfe für Ungarn. Um 7.57 Uhr wird der Appell im Rundfunk ausgestrahlt.



Manifest des Ungarischen Schriftstellerverbands

Imre Nagy und seine Mitarbeiter bringen sich in der jugoslawischen Botschaft in Sicherheit und erhalten dort politisches Asyl. Kardinal Mindszenty kann in die US-amerikanischen Botschaft flüchten. István Bibó bleibt als einziger der Regierung im Parlamentsgebäude zurück. Die sowjetischen Einheiten besetzen das Verteidigungs- und das Innenministerium und umstellen das Parlamentsgebäude.

Bibó verfasst im Namen der Nagy-Regierung eine offizielle Erklärung, die er den westlichen Botschaftern in Ungarn telefonisch übermittelt.



Appell von Staatsminister István Bibó an die Westmächte

Die ungarischen Spitzenfunktionäre Kádár, Münnich und Horváth treffen am frühen Nachmittag gemeinsam mit Anastas Mikojan aus Moskau ein und gründen in Szolnok offiziell die „Ungarische Revolutionäre Arbeiter-Bauern-Regierung“. Die erste offizielle Stellungnahme der Gegenregierung wird von der Bevölkerung weitestgehend ignoriert.

Ansprache von János Kádár

Die Kämpfe werden mit hohen Verlusten auf beiden Seiten fortgesetzt. Gegen 13 Uhr wendet sich der Freiheitssender Dunapentele im Namen der Aufständischen an die Vereinten Nationen.

Appelle an die Vereinten Nationen

Die Sowjettruppen besetzen Békéscsaba, Debrecen, Győr, Kecskemét, Miskolc, Pécs, Székesfehérvár, Szolnok und Szombathely. Dorog, Esztergom, Oroszlány und Tatabánya werden umstellt.

In New York wird in Anbetracht der sowjetischen Intervention ein Treffen des UN-Sicherheitsrates einberufen.

Imre Nagy und seine Mitarbeiter verlassen erst am 22. Oktober die jugoslawische Botschaft. Obwohl ihnen freies Geleit wurde, werden sie sofort vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet und nach Rumänien verschleppt.

János Kádár übernimmt auch die Führung der „Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei“ (USUP). Die Verfolgung der Aufständischen beginnt. Unzählige verschwinden in den Gefängnissen, Tausende werden hingerichtet und in anonymen Gräbern verscharrt, etwa Hunderttausende Menschen flüchten ins Ausland.

5.11.

Aus dem besetzten Gebäude von Radio Budapest sendet das sowjetische Oberkommando eine Ansprache an das ungarische Volk.

Ansprache des sowjetischen Oberkommandos an das ungarische Volk und das ungarische Militär

Weiterer Widerstand in den verschiedenen Stadtteilen Budapests. Kämpfe in Komló, Pécs und Veszprém. Einige tausend Menschen protestieren in Krakau gegen die sowjetische Intervention in Ungarn.

6.11.

Die Stärke des ungarischen Widerstands nimmt ab. Bewaffnete Ungarn kämpfen trotzdem weiter. Etliche der sowjetischen Panzern werden zerstört/ havariieren. 12.00h Die Kádár-Regierung in Szolnok bittet andere sozialistische Länder um Hilfe. Die Sowjetunion bietet weitere Hilfe an.

Hilfeappell von János Kádár an die befreundeten sozialistischen Länder

Die Sowjets fordern bedingungslose Aufgabe der Kämpfe, die Aufständischen weigern sich das zu akzeptieren.

7.11.

Hilferuf auf Sender Rákóczi

Sowjetische Truppen bringen Kádár und andere Mitglieder der Regierung in gepanzerten Wagen ins Parlament. Am Nachmittag legt die Kádár-Regierung den Beamteneid ab, obwohl die Nagy-Regierung noch nicht zurückgetreten ist.

Die Operation der revolutionären Soldatenräte ist verboten und den Revolutionskomitees ist ihr Handlungsrecht entzogen. Der 7.11. wird als Arbeitstag erklärt, obwohl es der Jahrestag der Russischen Revolution von 1917 ist. Das Pflichtfach Russisch an den Schulen ist aufgehoben.

Weitere Kämpfe auf der Budaer Seite.

Angriff auf Dunapentele (Sztálinváros, Dunaújváros). Der Widerstand bricht am späten Nachmittag und die sowjetischen Truppen marschieren ein.

8.11.

Der Widerstand in einigen Bezirken Budapests hört langsam auf. Sowjettruppen übernehmen die Kontrolle.

In New York wird die zweite Sondersitzung der UN-Generalversammlung zu Ungarischen Frage fortgeführt.

Der Befehlshaber der sowjetischen Militäreinheiten ordnet die Waffenniederlegung an.

Aufforderung zur Waffenniederlegung

9.11.

Der Regierungsrat erklärt die Kádár-Regierung zum höchsten Organ der Staatsverwaltung. Es wird ebenso das Kossuth-Wappen legalisiert (das ungarische Wappen ohne Krone, 1849 eingeführt), welches während der Revolution wieder aufgetaucht war.

Die Organisation der Nationalen Verteidigungskräfte beginnt. Bedingungslose Unterstützung für die Kádár-Regierung wird gefordert. Offiziere, die sich weigern zu unterschreiben werden entlassen.

Aufständische aus Budapest und Dunapentele (Sztálinváros, Dunaújváros) marschieren durch Baja in Richtung Jugoslawien.

Die Sowjets teilen Kádár mit, dass Imre Nagy und seine Mitarbeiter, die in der jugoslawischen Botschaft Zuflucht gefunden haben, nicht nach Jugoslawien ausreisen dürfen.

Die zweite Sondersitzung der UN-Generalversammlung verabschiedet eine weitere Resolution zur Situation in Ungarn.

10.11.

Imre Nagy teilt dem stellvertretenden jugoslawischen Ministerpräsidenten Aleksandar Rankoviæ in einem Brief mit, dass er nicht bereit ist vom Amt des ungarischen Ministerpräsidenten zurückzutreten.

In Budapest finden weiterhin Kämpfe statt.

Das Internationale Rote Kreuz nimmt erneut seine Hilfstransporte nach Ungarn auf.

Sowjetische Truppen nehmen die Städte Dorog und Esztergom im Nordwesten Ungarns ein.

Die Kádár-Regierung akzeptiert UN-Hilfe.

Eine Schweizer Initiative fordert die Einberufung einer Konferenz der vier Großmächte und Indiens.

Die jugoslawische Regierung bestätigt, dass sie Imre Nagy und seinen Mitarbeitern Asyl in der jugoslawischen Botschaft in Budapest gewährt. Nagy fordert erneut den Abzug der sowjetischen Truppen, beharrt auf dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt und

der damit verbundenen Neutralitätserklärung und bekräftigt seine Forderung zur Wiederherstellung des Mehrparteiensystems.

11.11.

Erste Radio-Ansprache Janos Kádárs seit dem 4.11.

Der jugoslawische Staatschef Tito bewertet in einer Rede in Pula die Geschehnisse in Ungarn als konterrevolutionär und rechtfertigt die sowjetische Intervention mit dem Hinweis auf die Gefahr für den Sozialismus. Andererseits erklärt er seine Billigung der Intervention durch die jugoslawische Regierung mit den schwierigen Umständen.



Rede Titos in Pula, Jugoslawien

Die Regierung verhängt im ganzen Land den Ausnahmezustand. Aufständische werden systematisch verfolgt, Personen, die im Besitz von Waffen sind, müssen mit einer Verurteilung durch Standgerichte rechnen.

12.11.

Die Kádár-Regierung erklärt die UN-Resolutionen zur Ungarnfrage als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes.

Die offizielle staatliche Presse veröffentlicht eine Mitteilung des ungarischen Regierungsrates, in der die Absetzung Imre Nagys und die Zusammensetzung der neuen Kádár-Regierung bestätigt werden.

Die Leitung des ungarischen Schriftstellerverbandes richtet einen Appell an die Nation. Sie protestiert gegen die sowjetische Intervention und den Terror durch die Staatsgewalt. Der Revolutionäre Arbeiterrat von Újpest ruft zur Bildung eines zentralen Arbeiterrates für ganz Ungarn auf.

Vertreter aller Budapester Fabriken sind für den folgenden Tag zu einem Treffen aufgerufen.

Die 11. UN-Generalversammlung setzt die Ungarische Frage auf ihre Tagesordnung.

14.11.

Auf einem Treffen von Abgesandten aus Betrieben der Hauptstadt in der Vereinigten Glühbirnenfabrik (Egyesült Izzó) in Budapest wird der Zentrale Arbeiterrat von Groß-Budapest (KMT) gegründet. Eine Delegation des Arbeiterrats nimmt noch am selben Abend Verhandlungen mit Vertretern der Kádár-Regierung im Parlament auf.

In verschiedenen ungarischen Städten (u.a. Miskolc, Pécs, Győr, Debrecen) haben sich Arbeiterräte gebildet, die sich dem Gedanken der Arbeiterselbstverwaltung verpflichtet fühlen. Sie sollen die Interessen der Arbeiter vertreten und mit der sowjetischen Besatzungsmacht verhandeln. Ihre Forderungen untermauern sie mit der Androhung von Streiks. Ihre Vertreter erklären öffentlich ihre Loyalität zur unrechtmäßig abgesetzten Regierung von Imre Nagy und fordern den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen und die Wiederherstellung der Pressefreiheit. Personen die an den bewaffneten Kämpfen teilgenommen haben, sollen straffrei ausgehen. Die in die Sowjetunion verschleppten Personen sollen umgehend zurückgeführt werden.

Auf einer Pressekonferenz erklärt US-Präsident Eisenhower, dass die USA nichts tun würden, was die ungarische Bevölkerung zur Fortsetzung der Kämpfe ermuntern würde.

15.11.

Der Zentrale Arbeiterrat von Groß-Budapest wählt Sándor Rác zum Vorsitzenden. In der Nacht werden die Gespräche zwischen dem Gremium und der Kádár-Regierung fortgesetzt.



János Kádár diskutiert mit den Arbeitern

Eine polnische Regierungsdelegation reist nach Moskau. Die sowjetische Regierung macht Polens Forderungen nach mehr Unabhängigkeit von Moskaus Führung wichtige

Zugeständnisse. Beide Seiten kommen zu der Einigung, die ungarische Kádár-Regierung zu unterstützen.

16.11.

János Kádár gibt auf einem geheimen Treffen in Leányfalu seine Zustimmung zu der geplanten Deportation von Imre Nagy und seinen Mitarbeitern nach Rumänien. In Budapest treten die Journalisten in einen Streik.

17.11.

János Kádár fordert die jugoslawische Regierung auf, Imre Nagy und seine Mitarbeiter an die neue ungarische Regierung auszuliefern.

18.11.

Die Kádár-Regierung und das Internationale Rote Kreuz erzielen eine Einigung über die Verteilung der internationalen Hilfsgüter.

19.11.

Imre Nagy und seine Mitarbeiter, die sich immer noch in der jugoslawischen Botschaft befinden, weigern sich das Land zu verlassen. Der Zentrale Arbeiterrat von Groß-Budapest spricht sich für die Gründung eines nationalen Arbeiterrates aus.

Der Zentrale Arbeiterrat von Groß-Budapest, der Verband ungarischer Journalisten (MUOSZ), der Bauernverband, das Revolutionskomitee der Ungarischen Intelligenz, der Ungarische Schriftstellerverband u.a. Organisationen richten einen Brief an Indiens Ministerpräsident Jawaharlal Nehru und bitten ihn sich für die Interessen Ungarns einzusetzen.

Einige der nach der Niederschlagung des Aufstands in die Sowjetunion deportierten Personen werden den ungarischen Behörden übergeben. Die sowjetische Parteizeitung *Pravda* erhebt gegenüber dem jugoslawischen Präsidenten Tito den Vorwurf der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns. Anlass für die Kritik aus Moskau ist Titos Rede in Pula.

19.-20.11. Die UN-General-Versammlung widmet sich nochmals dem Thema Ungarn.

21.11.

Nach längeren Verhandlungen garantiert die Kádár-Regierung Jugoslawien, dass Imre Nagy und seine Mitarbeiter nicht verfolgt werden.



Kádárs Versicherung gegenüber Tito, Imre Nagy und die Mitglieder seiner Gruppe nicht zu bestrafen, 21.11.1956

Der Versuch zur Gründung eines nationalen Arbeiterrats für Ungarn scheitert. Die als Tagungsort für die Delegierten vorgesehene Nationale Sporthalle in Budapest ist von sowjetischen Panzern umstellt. Das Treffen der Arbeiterräte kann deshalb nicht stattfinden. Der Zentrale Arbeiterrat von Groß-Budapest ruft daraufhin zu einem 48-stündigen Proteststreik auf. Am Nachmittag finden weitere Verhandlungen zwischen dem Arbeiterrat und der Regierung statt.

Nach einer dreitägigen Debatte verabschiedet die UN-Generalversammlung mehrere Resolutionen zur Ungarischen Frage.

Prominente ungarische Intellektuelle, darunter der Komponist Zoltán Kodály als Vorsitzender, György Markos als Sekretär und Tibor Déry gründen den Ungarischen Revolutionsrat der Intellektuellen.

Bildung des Ungarischen Revolutionsrat der Intellektuellen

22.11.

Imre Nagy und seine Mitarbeiter werden nach dem Verlassen der jugoslawischen Botschaft entgegen der von der Kádár-Regierung gemachten Zusagen von sowjetischen Bussen zum sowjetischen KGB-Gelände in Budapest gebracht. Am nächsten Tag werden sie von dort direkt nach Rumänien gebracht. Die Bevölkerung reagiert auf die Nachricht über die Verschleppung mit Unmutsbekundungen, es kommt zu Protestdemonstrationen.

Bericht des Sonderausschusses der Vereinten Nationen zur Entführung von Imre Naggy

Jugoslawiens Haltung zur ungarischen Revolution 1956

Der indische Ministerpräsident Jawaharlal Nehru lässt János Kádár durch eine Nachricht mitteilen, dass Ungarn den Generalsekretär der Vereinten Nationen und UN-Beobachter empfangen sollte.

23.11.

Jugoslawien legt Protest gegen die Entführung Imre Nagys und seiner Mitarbeiter ein. Die Kádár-Regierung erkennt den Zentralen Arbeiterrat von Groß-Budapest als Verhandlungspartner an. Der Zentrale Arbeiterrat von Groß-Budapest ruft wiederum zur Arbeit auf.

Imre Nagy, seine Mitarbeiter und deren Familien werden vom Flughafen Bukarest in das nicht weit entfernte Snagov transportiert, wo sie von der rumänischen Sicherheitspolizei gefangen gehalten werden.

24.11.

Es wird offiziell über den Abtransport Imre Nagys und seiner Mitarbeiter berichtet.

Das Personal der Zeitung *Népszabadság* streikt.

Weitere Streiks in den Bezirken Komárom and Nógrád.

Polen hilft Ungarn mit einer Spende von 100 Millionen Złoty.

Die jugoslawische Presse berichtet über die Deportation Imre Nagys.

Neues Manifest der Ungarischen Intellektuellen

25.11.

Gespräche zwischen dem Zentralen Arbeiterrat von Groß-Budapest und Regierungsmitgliedern im Parlament werden nach einer gewaltsamen Auseinandersetzung abgebrochen.

26.11.

Der Zentrale Arbeiterrat von Groß-Budapest fordert eine Erklärung der Kádár-Regierung zum Schicksal Nagys und seiner Mitarbeiter. János Kádár geht in einer Radioansprache ausführlich auf das Thema Imre Nagy ein. Das ist bis zur Bekanntmachung der Hinrichtung Nagys, am 17.6.1958, die letzte offizielle Information über Imre Nagy.

27.11.

Am Abend richtet der Zentrale Arbeiterrat von Groß-Budapest einen Protest gegen die Ansprache Kádárs. Später finden Gespräche zwischen Kádár und einer Delegation des Arbeiterrates unter der Leitung Sándor Rác´ statt. Die Kádár-Regierung appelliert an die Landbevölkerung und versucht sie durch Versprechungen zu gewinnen. Der Schriftstellerverband protestiert in einem Brief an die diplomatischen Missionen in Budapest gegen die Deportation des Literaturkritikers und Bildungsminister der Nagy-Regierung Georg Lukács´, der ebenfalls nach Rumänien transportiert wurde.

28.11.

Der Minister für Militär und öffentliche Sicherheit Ferenc Münnich, verspricht eine Prüfung der Aktivitäten der ÁVH, zu der es jedoch nie kommt.

29.11.

Polnische Zeitungen publizieren weiterhin die täglichen Berichte ihrer Korrespondenten aus Budapest. Die Bundesrepublik Deutschland schickt Lebensmittel und Medikamente im Wert von 10 Millionen Mark.

Der Philosoph Wolfgang Harich, Lektor im Aufbau-Verlag der DDR, und andere werden wegen "Bildung einer staatsfeindlichen Gruppe" und ihren Kontakten zu Georg Lukács verhaftet. Harich wird vorgeworfen, eine Rettungsaktion für Lukács organisiert zu haben .

30.11.

Die Sowjets drängen Kádár zu Schauprozessen, bei denen einige Revolutionäre hingerichtet werden sollen.

Der Zentrale Arbeiterrat von Groß-Budapest ruft zum Boykott der Regierungs-Presse auf. Der Boykott soll so lange aufrechterhalten werden bis der Arbeiterrat selbst eine Veröffentlichungserlaubnis bekommt.

An der Lomonosow-Universität in Moskau tauchen Flugblätter mit der Forderung auf, über die Ereignisse in Ungarn genau zu informieren.

Dezember

1.12.

János Kádár erklärt den Fall Imre Nagys gegenüber der jugoslawischen Regierung zu einer internen Angelegenheit Ungarns.

Der Zentrale Arbeiterrat von Groß-Budapest verbreitet einen Aufruf gegen die Streiks, die immer noch stattfinden.

2.12.

Ein dreitägiges Treffen des vorläufigen Exekutiv-Komitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei MSMP beginnt. Die Ereignisse im Oktober werden dabei als Konterrevolution dargestellt.

Weitere Streiks in Salgótarján und im Bezirk Nógrád.

2.-5.12.

Das ZK der MSZMP fasst einen Beschluss über „die Ursachen der Konterrevolution“.

3.12.

Der rumänische Außenminister berichtet den Vereinten Nationen, dass Imre Nagy und seine Mitarbeiter politisches Asyl in Rumänien erhalten.

4.12.

In Budapest finden Gedenkmärsche und Blumenniederlegungen für die Gefallenen der Revolution statt. Tausende Frauen nehmen daran teil.

5.12.

Die Regierung ordnet die Auflösung aller Revolutionskomitees an.

Einige hundert Frauen legen an der Statue des Nationaldichters Sándor Petöfi Blumen nieder. Die Demonstration wird von den sowjetischen Truppen beendet. Eine weitere Demonstration wird ebenfalls von den Sicherheitskräften aufgelöst. Am Abend werden über 200 Mitglieder der Intelligenz und der Arbeiterräte verhaftet.

Das erste „Weißbuch“ mit dem Namen "Konterrevolutionäre Kräfte bei den Oktoberereignissen in Ungarn" erscheint, welches die Ereignisse verleumdete und diejenigen, die daran teilnahmen verurteilte.

Die UN-Generalversammlung beschließt UN-Beobachter nach Ungarn zu schicken.

6.12.

Der Zentrale Arbeiterrat von Groß-Budapest berichtet, dass die Verhandlungen mit der Regierung erfolglos verlaufen sind. Es wird gegen die Verhaftung von Vorsitzenden der verschiedenen Arbeiterräte protestiert.

Die Regierung organisiert regierungstreue kommunistische Versammlungen an verschiedenen Orten in Budapest. Arbeiter greifen kommunistische Demonstranten an, werfen Steine und werden von sowjetischen Truppen und den Sicherheitskräften auseinander gebracht. Ein Sicherheitsmann schießt in die Menschenmenge. Weitere Demonstrationen finden in Békéscsaba, Gyula, Sarkad und Tatabánya statt. Die 9. Sitzung der UNESCO verabschiedet den Beschluss, in Ungarn beim Wiederaufbau von Schulen zu helfen.

Aufbau-Verlagsleiter Walter Janka wird wie Wolfgang Harich mit der Begründung verhaftet, Kontakte zu Georg Lukács gehabt zu haben. Ihm wird unterstellt, ähnlich wie in Ungarn der Petöfi-Kreis, einen Kreis von Konterrevolutionären bilden zu wollen.

7.12.

Der Zentrale Arbeiterrat von Groß-Budapest schlägt dem sowjetischen Ministerpräsident direkte Verhandlungen zwischen dem Arbeiterrat und der sowjetischen Regierung vor. Demonstrationen finden wiederum in Budapest, Pécs, Esztergom und Berettyóújfalu statt. Ebenso wie in Orosháza, Dévaványa, Battonya, Mezökovácsháza, Gyulavári, Doboz und Sarkad.

Die 14. Olympischen Sommerspiele enden. Das Finale des olympischen Wasserball-Turniers, bei der die ungarische gegen die russische Mannschaft antritt, muss wegen Aggressivitäten der Russen gegenüber den ungarischen Gegnern bei einem Punktestand von 4:0 abgebrochen werden. Die Polizei schreitet ein um die aufgebrachten Zuschauer fernzuhalten.

8.12.

In Salgótarján eröffnen Sowjets und Sicherheitskräfte das Feuer auf die demonstrierende Menschenmenge. Es werden 52 Menschen getötet und über 150 verwundet. Als die Nachricht von diesem Gewalteinsatz den Zentralen Arbeiterrat von Groß-Budapest erreicht, ruft dieser zu einem 48-stündigen Streik auf.



Interview mit dem ungarischen Schriftsteller Pál Ignotus

9.12.

Die Regierung erklärt den Zentralen Arbeiterrat von Groß-Budapest und alle anderen Arbeiterräte für ungesetzlich. Die versammelten Delegierten der Arbeiterräte werden verhaftet. Der Zentrale Arbeiterrat von Groß-Budapest ruft zu einem Generalstreik auf. György Marosán, Mitglied der Kádár-Regierung, hält eine Rede vor über eintausend Kommunisten in Pécs. Danach findet eine Pro-Regierungs-Demonstration statt. Proteste in Dévaványa, Szeghalom, Vésztő, und Miskolc. Zwei Führer der Nationalgarde in den Stahlwerken werden von Sicherheitsmännern ermordet.

10.12.

In Miskolc eröffnen sowjetische Truppen das Feuer auf eine Demonstration. Streiks in Győr, Eger. Demonstrationen und Kranzniederlegungen in verschiedenen Städten.

11.12.

Der vom Zentralen Arbeiterrat von Groß-Budapest ausgerufen Streik beginnt: die Produktion wird niedergelegt, der Zugverkehr und der öffentliche Transport eingestellt. In Reaktion darauf lässt die Kádár-Regierung den Ausnahmezustand ausrufen und ordnet die Entwaffnung der Streikenden in den Fabriken an.

Die Vorsitzenden des Zentralen Arbeiterrates von Groß-Budapest Sándor Bali und Sándor Rácz werden am Parlamentsgebäude, zu dem sie zu Verhandlungen gekommen waren, verhaftet.

Die ungarische Delegation verlässt die UN-Generalversammlung aufgrund von Angriffen auf die Kádár-Regierung.

Streiks in den meisten Fabriken in Baja, Debrecen und Kecskemét. Demonstrationen in Eger und Zalaegerszeg.

Die ungarische Regierung erlässt eine Verordnung über die Einführung des Standrechts

12.12.

Internierungslager werden wieder geöffnet. Demonstrationen finden in Budapest statt. In Eger schießen Sicherheitskräfte auf Demonstranten: 8 Menschen sterben, weitere 27 Personen werden verletzt.

Der Schriftstellerverband protestiert gegen die Verhaftung von Schriftstellern und Journalisten. Ein Bittgesuch/Forderung der ungarischen Schriftsteller für die Freilassung György Lukács, der mit Imre Nagy nach Rumänien deportiert wurde, wird von jugoslawischen Schriftstellern unterstützt.

Die UN-Generalversammlung verurteilt die sowjetische Intervention in Ungarn in einer weiteren Sitzung.

13.12.

In Dunaújváros und Dorog werden Nationalgardisten entwaffnet.

14.12.

Das Zentralkomitee der KPdSU beschließt die Entsendung von sowjetischen Beratern nach Ungarn.



Unterstützung jugoslawischer Schriftsteller

16.12.

In Miskolc wird das erste Todesurteil gegen einen Teilnehmer des Aufstandes verhängt. József Soltész wird hingerichtet, weil er Waffen versteckt haben soll.

22.12.

Im Bakony-Gebirge kommt es zu weiteren Verhaftungen von Aufständischen durch Regierungstruppen.

Beendigung der österreichischen Grenzsicherungsmaßnahmen gegenüber Ungarn.

24.12.

Die Weihnachtsausgabe der Zeitung „Népszabadság“ greift zur Beruhigung der Bevölkerung in mehreren Artikeln religiöse Themen auf.

28.12.

Der Ungarische Schriftstellerverband tagt in Budapest. Eine Resolution mit dem Titel „Sorge und Bekenntnis“ wird verabschiedet, in dem er sich zum Aufstand und dessen Zielen bekennt.

30.12.

Die Ausgangssperre bleibt auch am Silvesterabend bestehen

1957

Januar

1.-4.1.

Auf Einladung der Kádár-Regierung findet in Budapest ein Treffen der kommunistischen Parteichefs der Sowjetunion, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Rumäniens und Ungarns statt. In der offiziellen Stellungnahme zu dem Treffen wird festgestellt, dass der Versuch, die volksdemokratische Ordnung und die sozialistischen Errungenschaften des ungarischen Volkes zu vernichten, vereitelt worden sei. Das Ziel der „konterrevolutionären Kräfte“ sei die Errichtung einer faschistischen Diktatur gewesen.

4.-7.1.

Der Stellvertretende Generalsekretär der UNO Philippe de Seynes hält sich in Budapest zu Gesprächen über die UNO-Hilfe für Ungarn auf.

5.-7.1.

In Straßburg wird der „Ungarische Revolutionsrat“ gegründet. Die Organisation vereint ungarische Emigranten aus allen politischen Parteien sowie den Gewerkschaften.

5.1.

Die neue Führung unter Kádár veröffentlicht mit der „Erklärung der Revolutionären Arbeiter und Bauernregierung über die wichtigsten Aufgaben.“ ihr politisches Programm. In der Erklärung wird festgestellt, dass die Regierung von Imre Nagy Verrat begangen habe und für die Konterrevolution verantwortlich sei.

7.1.

Ein Streik in Pécsbányatelep (Bergbaustadt im Süden von Ungarn) wird von bewaffneten Sicherheitskräften der ungarischen Regierung niedergeschlagen.

9.1.

Mátyás Rákosi der sich in Moskau aufhält kritisiert in einem Brief an Chruschtschow die Kádár-Regierung und die Richtlinie der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei. Nach der Meinung von Rákosi würde sich in Ungarn „langsam und zielstrebig die kalte Gegenrevolution fortsetzen“. Die Mitgliederzahl der Ungarischen Sozialistischen Arbeiter Partei stagniere und die Partei sei nicht in der Lage, die festgesetzten Ziele zu verwirklichen. In Bezug auf die Ereignisse vom 23. Oktober erklärt Rákosi, dass die geteilte Parteiführung auf die Imre-Nagy-Fraktion zurückzuführen sei, und dass Imre Nagy mit Titos Einverständnis die nationalistische Jugend mobilisiert hätte, und diese wiederum die Kundgebung am 23. Oktober in einen bewaffneten Aufstand münden ließ.

10.1.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen setzt einen Sonderausschuss zur Untersuchung der ungarischen Frage ein, dem Vertreter Australiens, Ceylons, Dänemarks, Tunesiens und Uruguays angehören. Der Ausschuss erhält den Auftrag der UN-Vollversammlung „die vollständigsten und bestmöglichen Informationen über die Lage in Ungarn zu verschaffen, die durch das bewaffnete Eingreifen der Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten des Landes entstanden ist“. Darüber hinaus sollen die Wirkungen der Empfehlungen der Vereinten Nationen in Bezug auf Ungarn beobachtet werden.

11.1.

Im Stahlwerk Csepel (Budapest) wird die Leitung der Fabrik an einen Regierungskommissar übertragen. Eine Demonstration der Arbeiter gegen diese Entscheidung wird von bewaffneten Sicherheitskräften der Regierung unterdrückt. Ein Arbeiter stirbt an seiner Schussverletzung.

12.1.

Durch einen Regierungserlass wird ein beschleunigtes Strafverfahren eingeführt. Gleichzeitig wird in allen Fabriken mit mehr als 100 Arbeitern das Standrecht verhängt.

13.1.

Das Standrecht wird auf „alle konterrevolutionären Delikte“, wie Organisation des Widerstands, Aufwiegelung zur Revolte oder Arbeitssabotage, ausgeweitet.

17.1.

Durch eine Verordnung des Innenministers muss „Der Bund der Ungarischen Schriftsteller“ seine Tätigkeit vorübergehend einstellen. Das Verbot ist als Reaktion auf die Resolution des Schriftstellerverbandes Ende Dezember 1956 zu sehen.

Noch im Januar werden 15 kommunistische Schriftsteller, darunter Gyula Háý und Tibor Tardos, verhaftet.

Unter der Leitung des tunesischen Vertreters, Alsing Andersen kommt der Untersuchungsausschuss der Vereinten Nationen zu seiner ersten Sitzung zusammen. In der Folgezeit vernimmt das Gremium über 100 Zeugen, Mitglieder der Regierung Nagy, Militärs, lokale Funktionäre, Intellektuelle, Arbeiter und Gewerkschafter.

Am 20. Februar liefert der Ausschuss einen ersten Zwischenbericht. Vom 11. März bis 16. April tagt der Ausschuss in Genf und in der Folgezeit auch in anderen europäischen Städten. Am 7. Juni 1957 legt der Ausschuss in New York einen einstimmig angenommenen Bericht zum Verlauf des Aufstandes und zu seiner Niederschlagung vor. Eine deutsche Übersetzung des Berichts des Ausschusses erscheint 1957 unter dem Titel „Der Volksaufstand in Ungarn. Bericht des Sonderausschusses der Vereinten Nationen“ in Frankfurt a.M.

19.1.

Die Revolutionäre József Dudás und János Szabó werden hingerichtet.

25. 01.

Ein Ungar antwortet den sowjetischen Schriftstellern

Februar

In Genua wird „Der Bund der Ungarischen Freiheitskämpfer“ von ungarischen Emigranten gegründet.

Im Rahmen der Restaurierung der kommunistischen Macht in Ungarn wird auch die Pionierorganisation neu gegründet.

2.2.

In seiner Rede der nordungarischen Stadt Salgótarján beschuldigt Kádár Imre Nagy, den konterrevolutionären Aufstandes angestiftet zu haben und nennt ihn einen Verräter.

Der Ausschluss von Imre Nagy, Géza Losonczy, Mátyás Rákosi und Ernő Gerö aus der Partei wird angekündigt.

Die Grenzzone an der ungarisch-jugoslawischen Grenze wird wieder errichtet.

26.2.

Auf der Sitzung des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiter Partei kündigt János Kádár die Einleitung einer „Untersuchung zur Klärung des Sachverhalts“ gegen Imre Nagy und weitere Personen an.

27.2.

Vor ausländischen Journalisten erklärt der Sprecher des Ungarischen Außenministeriums, dass die Regierung nicht beabsichtigt, Imre Nagy und seine Mitstreiter vor Gericht zu stellen.

März

5.-6.3.

An der Ungarischen Technischen Universität werden mehrere Personen verhaftet.

10.-15.3.

Da die Regierung am Nationalfeiertag (15. März) einen neuen Aufstand befürchtet, werden in ganz Ungarn Massenverhaftungen durchgeführt.

15.3.

Die Hauptstadt Budapest und andere größere Städte werden am Nationalfeiertag demonstrativ von bewaffneten Kräften der Regierung überwacht.

In Rumänien werden mehr als zwanzig Personen im Zusammenhang mit der Revolution hingerichtet und mehrere Tausende verhaftet.

21.3.

Im Rahmen der Wiederherstellung politischen Organisationsstruktur nach sowjetischem Muster wird „Der Kommunistische Jugendverband Ungarns“ gegründet. Er ist die einzige landesweite Jugendorganisation und steht unter der Führung der Partei (USAP)

21.-28.3.

Eine ungarische Delegation mit János Kádár an der Spitze reist nach Moskau. Dies ist die erste offizielle Auslandsreise der Kádár-Regierung. Die Reise soll die Festigung der Freundschafts- und Bündnisbeziehungen zwischen Ungarn und der Sowjetunion demonstrieren. Während der Besprechungen greift Kádár Imre Nagy und die jugoslawische Führung an. Die sowjetische Parteiführung befürwortet, dass Imre Nagy und andere Personen dementsprechend streng zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Die sowjetische Führung sagt Ungarn wirtschaftliche Unterstützung zu.

János Kádár und Ferenc Münnich bitten um die Entsendung von sowjetischen Beratern zur Unterstützung der ungarischen Polizei und Staatssicherheit sowie des Grenzschutzes. Kádár unterzeichnet eine Übereinkunft zwischen der Sowjetunion und Ungarn, welche die Stationierung sowjetischer Truppen in Ungarn temporär regelt.

April

5.4.

In einem Brief bittet Kádár die Jugoslawische Regierung um die formelle Aufhebung des „Asylrechtes“ von Imre Nagy und anderen Personen.

13.4.

In Budapest wird nach fast sechs Monaten die Ausgangssperre aufgehoben.

17.4.

Imre Nagy und seine Mitstreiter werden unter strengster Geheimhaltung mit verbundenen Augen und in Fesseln aus Rumänien zurück nach Budapest gebracht.

21.4.

Der Bund der Ungarischen Schriftsteller wird vom Innenminister aufgelöst und Tibor Déry verhaftet.

Mai

1.5.

An der Österreich-Ungarischen Grenze wird mit der Errichtung neuer Mienensperren begonnen.

7.5.

Im Auffanglager für ungarische Flüchtlinge in Österreich bricht ein Hungerstreik aus. Ausgelöst wurde er durch die Entscheidung der USA, keine ungarischen Flüchtlinge mehr aufzunehmen. Mehr als hundert ungarische Studenten demonstrieren gegen diese Entscheidung vor der Botschaft der USA in Wien.

9.5.

Die erste Sitzung des ungarischen Parlamentes findet statt. Das Kossuth-Wappen wird durch ein neues Wappen der Volksrepublik Ungarn, dem sogenannten Kádár-Wappen ersetzt.

23.5.

István Bibó und Zoltán Tildy werden verhaftet.

25.-26.05.

In Tübingen wird der Deutsche Bund Ungarischer Universitäts- und Hochschulstudenten gegründet.

27.5.

In Budapest wird von Marschall Zukow und Generalleutnant Géza Révész ein Abkommen zwischen der Volksrepublik Ungarn und der Sowjetunion unterzeichnet, welches die Stationierung sowjetischer Truppen in Ungarn rechtlich regelt.

28.5.

Der Innenminister ordnet die politische Säuberung der Polizeikräfte an. 25-30% der Polizisten werden entlassen.

30.5.

Die Kádár-Regierung fordert das Internationale Rote Kreuz auf, seine Tätigkeit in Ungarn bis zum 30. Juni einzustellen.

Bis Ende Mai

Ab dem 23. Oktober 1956 sind 174 704 Personen nach Österreich, nach Jugoslawien 19181 Personen emigriert. Insgesamt 193 885 Personen. Bis Ende Mai sind 11 477 Personen legal nach Ungarn zurückgekehrt. Eine interne Publikation des Zentralen Statistischen Amtes (HaviKözlemények 1957/4.) beziffert die Flüchtlinge mit 151 731 Personen.

Juni

20.6.

Ein Komitee der UNO legt einen Bericht über Ungarn vor. Dieser wird zwei Tage später von der Kádár-Regierung als Einmischung in interne Angelegenheiten Ungarns verurteilt. Der Bericht wird Bestseller in den USA.

20.-21.6.

Inoffizieller Besuch von János Kádár und Béla Biszku in Moskau. Hauptpunkte der Gespräche sind Fragen im Zusammenhang mit der Landesparteikonferenz der USAP und der grundsätzlichen Politik der Partei. Darüber hinaus sprechen beide Seiten über den Fall Imre Nagy.

27.-29.06.

Landesparteikonferenz der USAP. Die neue Organisationssatzung der Partei wird verabschiedet. Außerdem ist eine Diskussion über die Vorgeschichte und Gründe des „gegenrevolutionären Aufstandes“ angesetzt. János Kádár wird zum Ersten Sekretärs des Zentralkomitees gewählt.

Weitere Mitglieder des Zentralkomitees sind: Antal Apró, Béla Biszku, Lajos Fehér, Jenő Fok, János Kádár, Gyula Kállai, Károly Kiss, György Marosán, Ferenc Münnich, Sándor Rónai und Miklós Somogyi

Juli

4.7.

In einem Regierungsbeschluss wird festgestellt, dass die Stationierung sowjetischer Truppen „wegen der Gefährdung der Sicherheit der sozialistischen Länder durch den Westen“ notwendig ist.

August

26.8.

Der Innenminister der Kádár-Regierung Béla Biszku reist nach Moskau und berichtet dort über die Vorbereitungen des Prozesses gegen Imre Nagy. Die sowjetische Führung bittet um die Verschiebung des Prozesses bis Oktober, da zu diesem Zeitpunkt in Moskau das Internationales Treffen der Kommunisten der Welt stattfindet.

September

9.9.

In der Sowjetunion beginnt ein Prozess gegen Leningrader Studenten. Sie haben 1956 an der Leningrader Universität Sympathiegruppen mit Ungarn organisiert und Flugblätter verteilt. Sie werden zu Haftstrafen bis zu zehn Jahren verurteilt.

10.-14.9.

Der Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung der ungarischen Frage wird an der Generalversammlung der UNO diskutiert. Der Bericht wird mit 60 Ja, 14 Nein und 10 Enthaltungen verabschiedet. Die Ungarn-Frage wird auch an der Tagesordnung der XII. Generalversammlung der UNO gesetzt. Zum ständigen ungarischen Beobachter wird Prinz Wan ernannt. Am 12. September verweigert Ungarn die Einreisegenehmigung für den UNO-Beobachter.

Oktober

15.10.

Im Vorfeld des ersten Jahrestages der Revolution werden von Gegnern des Kádár-Regimes landesweit Flugzettel verteilt und Plakate aufgehängt.

23.10.

Die ungarische Bevölkerung erinnert an den Ausbruch der Revolution. Größere Massendemonstrationen finden aber nicht statt. Einheiten der ungarischen Volksarmee, der Polizei und der Arbeitermiliz sichern die Strassen von Budapest und anderer Städte. Die Schauplätze der Revolution sind abgeriegelt.

Auf den Zentralfriedhöfen Kerepesi und Rákoskeresztúri, wo die meisten Opfer der Revolution begraben liegen, patrouillieren berittene Polizisten. Mehrere hundert Personen, unter ihnen auch Minderjährige und Jugendliche, werden festgenommen. Studenten an Universitäten und Hochschulen, die an Demonstration teilnehmen, droht ein Disziplinarverfahren.

In London erscheint die erste Ausgabe der „Népszava“. Die Zeitung wird von ungarischen Emigranten geschrieben. Chefredakteurin der Zeitung ist Anna Kéthly.

Mitglieder der Redaktion sind György Demény, György Mikes, Imre Szélig. Sie veröffentlichen die aus Ungarn geschmuggelten Memoiren von István Bibó. In München findet eine Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den Aufstand im Hercules-Saal statt. Hauptredner ist Staatsminister Walter Stein. Anschließend zieht ein Fackelzug durch die Stadt, um am Grab des unbekanntes Soldaten einen Kranz niederzulegen.

In Bonn halten Studenten 24 Stunden lang neben einer Opferflamme Ehrenwache – als Andenken an die Revolution. In West-Berlin wird an die Revolution erinnert, im Europarat in Straßbourg wird eine Schweigeminute abgehalten und in Zürich wird eine Gedenkfeier mit Professor Willy Schweitzer als Hauptredner organisiert.

In Bern versucht eine Gruppe von bewaffneten Demonstranten die Ungarische Botschaft anzugreifen, sie werden aber von der Polizei daran gehindert in das Gebäude einzudringen.

In Oslo, den Haag, Paris, Stockholm, Rom, Madrid, New-York, Mainz, Hannover, Johannesburg, Saigon, Rejkjavik, Koppenhagen, Sydney, Washington, Montevideo, Santiago de Chile wird ebenfalls an die Ungarische Revolution 1956 erinnert.

November

02.11.

Das Standrecht wird aufgehoben.

1958

Januar

3.-7.1.

Besuch des UN-Hochkommissars für Flüchtlingsfragen in Budapest.

Zehn Tage später besuchen US-Amerikanische Journalisten Ungarn.

Februar

5.-6.2.

In Budapest beginnt der geheime Prozess gegen Imre Nagy und seine Mitstreiter. Der Generalstaatsanwalt klagt Imre Nagy, Ferenc Donáth, Miklos Gimes, Zoltán Tildy, Pál Maléter, József Szilárd, Ferenc Jánosi, und Miklós Vásárhelyi an, eine Verschwörung mit dem Ziel organisiert zu haben, die volksdemokratische Staatsordnung Ungarns zu stürzen. Außerdem wird Imre Nagy des Landesverrates, Sándor Kopácsi und Pál Maléter der Organisation einer militärischen Meuterei angeklagt.

April

2.-10.4.

Eine sowjetische Delegation besucht Ungarn. Parteichef Chruschtschow wird dabei von weiteren hochrangigen Funktionären u.a. dem Präsidenten des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften Viktor W. Grischin, Außenminister Andrej Gromyko und dem Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten Frol Koslov begleitet. Gegenstand der Gespräche sind die sowjetisch-ungarischen Beziehungen nach den Ereignissen von 1956. Chruschtschow kündigt größere finanzielle Hilfeleistungen der Sowjetunion zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Ungarn an.

Mai

24.5.

Chruschtschow empfängt János Kádár. Die Sowjetunion zieht aus den mit ihr verbündeten Ländern größere Truppenkontingente zurück. Diese Entscheidung stößt bei Kádár auf Kritik.

Juni

9.-15.6.

Die geheime Gerichtsverhandlung gegen Imre Nagy und seine Mitstreiter wird fortgesetzt. Die Urteilsverkündung findet am 15. Juni statt. Von dem Volksgerichtsrat des Obersten Gerichtshofes von Ungarn werden Imre Nagy, Miklós Gimes und Pál Maléter zum Tode verurteilt. Sándor Kopácsi wird zu lebenslanger Haft, Ferenc Donáth zu zwölf, Ferenc Jánosi zu acht, Zoltán Tildy zu sechs und Miklós Vásárhelyi zu fünf Jahren Haft verurteilt.

Gegen das Urteil kann keine Berufung eingelegt werden.

16.6.

In Budapest werden Imre Nagy, Miklós Gimes, Pál Maléter sowie der ehemalige Nationalgardist Péter Gábor hingerichtet.

17.6.

Die Gerichtsurteile des Imre-Nagy-Prozesses werden veröffentlicht. Die Nachricht von der Hinrichtung Imre Nagys löst in mehreren westlichen Ländern spontane Demonstrationen aus.

21.6.

In einer Deklaration der UNO werden die Hinrichtungen in Ungarn verurteilt.

September

Die restlichen Mitglieder der Imre-Nagy-Gruppe, die nicht verhaftet wurden, kehren mit ihren Familien aus Snagov (Rumänien) nach Ungarn zurück.

November

16.11.

Die erste Parlamentswahl nach der Revolution findet statt. Die Zahl der Wahlberechtigten wird auf 6,6 Millionen geschätzt. Die Kandidaten auf der Einheitsliste der Patriotischen Volksfront bekommen 99,6 % der abgegebenen Stimmen.

1959

März

21.3.

Elf Tage nach seinem achtzehnten Geburtstag wird Péter Mansfeld hingerichtet.

April

3.4.

Eine Teilamnestie wird erlassen. Betroffen sind alle Verurteilten mit Haftstrafe unter zwei Jahren.

Oktober

23.4.

Am Jahrestag der Revolution finden weltweit Demonstrationen und Gedenkkundgebungen statt.

Dezember

08.-10.12.

Die UNO setzt die ungarische Frage erneut auf die Tagesordnung.

1960

März

31.3.

Der Präsidialrat der Ungarischen Volksrepublik verkündet eine Teilamnestie. Mehrere der im Frühjahr 1957 verhafteten Schriftsteller und bürgerlichen Politiker sowie [Stalinisten wie] der frühere Verteidigungsminister Mihály Farkas und der ehemalige ÁVH-Chef Gábor Péter werden aus der Haft entlassen.

September

Chruschtschow und János Kádár nehmen an der Generalversammlung der UNO teil. Die zwei wichtigsten Hauptthemen der Generalversammlung sind die Atomare Abrüstung der Großmächte und die Entkolonialisierung.

Oktober

23.10.

Von den Gouverneuren von New York, Ohio, Nebraska, Maryland, Michigan, Oregon und Texas wird der 23. Oktober zum Tag der Ungarischen Freiheitskämpfer erklärt. In vielen Städten der Welt wird an die Revolution durch Demonstrationen erinnert.

1961

Februar

6.-7.2.

In Budapest finden Massenhausdurchsuchungen statt. Gegen mehrere katholische Priester wird nach ihren Verhaftungen Anklage aufgrund von Verschwörung gegen den Staat erhoben. Fünf Wochen später werden „die Verbrechen“ der verhafteten Priester von dem Katholischen Episkopat in einer Erklärung verurteilt.

August

26.8.

Die Aufständischen vom Baross-Tér (Revolutionäre die 1956 am Baross-Platz gekämpft haben), werden hingerichtet. Diese sind die letzten Hinrichtungen im Zusammenhang mit der Revolution von 1956.

Oktober

23.10.

Anlässlich der Revolution von 1956 finden in mehreren Städten der Welt Gedenkfeiern statt.

1962

August

16.8.

Laut Beschluss des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiter Partei werden Mátyás Rákosi und Ernő Gerő, aus der Partei ausgeschlossen.

Oktober

20.10.

Geheime Verhandlungen zwischen den USA und Ungarn führen zu einer Vereinbarung. Die Ungarische Frage wird von der Tagesordnung der UNO abgesetzt, wenn Ungarn sich bereit erklärt eine Generalamnestie zu erlassen.

Dezember

18.12.

In der UNO gibt die USA den Anstoß die Ungarische Frage von der Tagesordnung zu nehmen. Zwei Tage später wird der Vorschlag akzeptiert.

1963

März

21.3.

János Kádár kündigt im Parlament die Erlassung einer Generalamnestie an. Auch die wegen ihrer Verbrechen verurteilten Repräsentanten des Rákosi-Regimes. Angeblich werden bis Ende der 60-er Jahre alle Verurteilten aus den Gefängnissen entlassen. [Ausgenommen von der Generalamnestie sind die Teilnehmer der Revolution, die wegen Mordes oder Landesverrats verurteilt worden waren – insgesamt mehrere hundert Personen.]

Die drei Hauptziele der Kádár-Regierung: Modernisierung der Wirtschaft, Hebung des Lebensstandards und die Suche nach Legitimität des Systems.

János Kádárs äußert seinen berühmten Satz „Wer nicht gegen uns ist – ist mit uns!“

1988

Mai

Kádár wird im Zuge eines internen Machtkampfes in der Parteispitze als Generalsekretär der Partei abgesetzt und erhält den Posten eines „Ehrevorsitzenden“.

Die Führung der Partei übernimmt der Reformler Károly Grósz.

Oktober

21.10.

Der Pressesprecher der ungarischen Regierung informiert über den Plan des Justizministeriums, Imre Nagy und seine hingerichteten Gefährten umzubetten.

1989

April

In seiner letzten öffentlichen Rede vor dem Zentralkomitee versucht der von Alter und Krankheit schwer gezeichnete János Kádár seine Rolle im Rajk-Prozess, den Seitenwechsel 1956 und seine Verantwortung für die Hinrichtung von Imre Nagy zu rechtfertigen. In der oft abschweifenden und immer wieder unterbrochenen Rede gibt der ehemalige Parteichef u.a. zu, dass die sowjetische Führung für die militärische Intervention ein Hilfeersuchen von ungarischer Seite mit der Unterschrift des Ministerpräsidenten verlangt hatte: »Ich mußte ihn auch irgendwo, nur Gott weiß wo, unterschreiben.«

Im Frühjahr 1989 wird mit der Exhumierung der sterblichen Überreste Imre Nagys und seiner politischen Weggefährten begonnen, die bisher in nicht gekennzeichneten Gräbern auf dem Friedhof von Rákoskeresztúr verscharrt waren. Die veröffentlichten Bilder der exhumierten Toten werden in den Augen der Bevölkerung zu einer schwerwiegenden moralischen Hypothek des Kádár-Systems.

Juni

16.6.

Nationale Trauerfeier für Imre Nagy und seine politischen Weggefährten am 31. Jahrestag ihrer Hinrichtung. 200.000 Menschen versammeln sich auf dem Heldenplatz in Budapest. Auf den Treppen der Kunsthalle stehen die Särge von Imre Nagy, Staatsminister Géza Losonczy, Verteidigungsminister Pál Maléter, dem Journalisten Miklós Gimes, von Nagys Sekretär József Szilágyi und ein symbolischer Sarg für die weiteren Hinrichtungsoffer von damals. Die Zeremonie wird live im ungarischen

Fernsehen übertragen. Vertreter der Regierung, der Kirchen, der Opposition und des diplomatischen Korps erweisen den Toten ihre Reverenz. Anwesend sind auch zahlreiche Vertreter internationaler Organisationen wie der „Charta 77“ und der polnischen „Solidarność“. Mit einem Gottesdienst gedenkt das ganze Land der Märtyrer von 1956.

Juli

Im Zuge der Umbewertung von 1956 wird auch der „Strafprozess gegen Imre Nagy und seine Komplizen“ neu aufgerollt. Das Aufhebungsverfahren vor dem Obersten Gerichtshof wird mit erheblicher Verzögerung abgeschlossen. Am 6. Juli werden schließlich neben Nagy auch Ferenc Donáth, Miklós Gimes, Zoltán Tildy, Pál Maléter, Sándor Kopácsi, János János, József Szilágyi und Miklós Vásárhelyi rehabilitiert.

In die Sitzung platzt die Nachricht vom Tod János Kádárs.

Die Anteilnahme am Tod Kadars in der ungarischen Öffentlichkeit ist überraschend groß. Dem in der Parteizentrale aufgebahrten ehemaligen Parteichef erweisen etwa 60.000 Menschen die letzte Ehre.

23. Oktober

Die Republik wird ausgerufen, der 23. Oktober zum ungarischen Nationalfeiertag erklärt.